



Schwanz wedelt mit dem Hund



Ein Kommentar
von Klaus Reschke

In einer Pressemitteilung lässt Detlev Schulz-Hendel wissen, dass er „entsetzt ist über das Nachkarten gegenüber der Landesregierung und der Landtagsmehrheit“. Offenbar erwartet der Fraktionschef der Landtags-Grünen mit Wohnsitz in Amelinghausen, dass politische Entscheidungen in Hannover von den Bürgern ergeben hingenommen werden. Getreu dem Motto: Die „da oben“ werden schon wissen, was gut ist für die „da unten“. Kritisches Hinterfragen politischer Entscheidungen? Offenbar nicht erwünscht.

Dass Schulz-Hendel und seine Mitstreiter schon immer gegen den Bau der Elbbrücke bei Neu Darchau waren, ist kein Geheimnis. Nun tragen sie in einer rot-grünen Regierungskoalition Verantwortung, und Miriam Staudte (Grüne) als Landwirtschaftsministerin kann das umsetzen, was sie schon immer wollte – durch eine Änderung des Landesraumordnungsprogramms (LROP) der Brückenplanung den Todesstoß versetzen. Dabei sind die Grünen in der Regierung nur der Juniorpartner.

Man könnte also mit Fug und Recht den Spruch bemühen, dass in der Brückenfrage der Schwanz mit dem Hund wedelt.

Diese Entscheidung neigt erstens den erklärten Bürgerwillen und ist zweitens politisch alles andere als klug. Nur zur Erinnerung: 2013 hatte der Landkreis Lüneburg – noch unter Führung des damaligen SPD-Landrates Manfred Nährstedt – eine kreisweite Umfrage zum geplanten Brückenbau durchführen lassen. Das Ergebnis: 49,5 Prozent der Befragten stimmten für den Bau der Elbquerung, 28,1 Prozent dagegen. Und weitere 22,4 Prozent votierten ebenfalls für die Realisierung des Projekts, allerdings unter der Bedingung, dass der finanzielle Eigenanteil des Landkreises die zehn Millionen Euro nicht überschreiten darf.

Zugegeben: Diese Umfrage ist schon eine geraume Zeit her, aber eine neue hat es seitdem nicht gegeben. Für den Landkreis ist und muss das Votum aus 2013 also bindend sein.

Davon abgesehen: Seit mehr als 30 Jahren wird den Bürgern im Amt Neuhaus und dem Landkreis die Brücke versprochen, damit endlich eine witterungsunabhängige Querung der Elbe möglich ist. Und ja: Die Kosten für den Bau der Brücke steigen nicht erst seit 2013. Kritiker könnten jetzt also sagen, dass die 10-Millionen-Einschränkung ohnehin längst gerissen ist. Stimmt: Aber nur, weil die Brücke bis heute nicht realisiert wurde.

Stattdessen werden ständig neue Argumente bemüht, um die weitere Brückenplanung zu torpedieren.

Dieses Gezerre zerstört die politische Glaubwürdigkeit. Niemand braucht sich dann noch zu wundern, wenn sich Parteien wie die AfD im Aufwind befinden. So wird Wählerfrust geschürt: Auch und gerade in der Gemeinde Amt Neuhaus. So gesehen sind die Grünen mit ihrer Brücken-Politik zurzeit die besten Wahlkämpfer für die AfD.

Schulz-Hendels Vorschlag, statt einer Brücke ein „verlässliches Fährkonzept“ auf den Weg zu bringen, kommt nicht gut an – weder im Kreishaus noch bei den Bürgern. „Aus unserer Sicht kann keine wie auch immer geartete Fährverbindung einen verlässlichen Zugang zu Kranken- und Notfallversorgung, verlässliche und erträgliche Schulwege, verlässliche Arbeitswege, Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in unserem Landkreis und unserem Land gewährleisten“, mahnt Jörg Sohst vom Brückenbau-Verein.

Hinzu kommen technische Ausfälle und natürlich auch zeitliche Begrenzungen der Fährbetriebe, die immense Auswirkungen auf den Alltag und die Betriebe der Region haben. Dies kann kein Fährkonzept ändern. Das muss ehrlicherweise zugegeben werden und gehört zu einer realistischen Betrachtungsweise unbedingt dazu. „Alles andere“, so Sohst, „wäre Selbstbetrug.“